

Helmut Schmidt

Rasdorf (bei Fulda)

17. Juni 2010

Point-Alpha-Preis

Dankrede

**Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin
sehr geehrte Damen und Herren,
lieber Richard Schröder,**

zunächst möchte ich Ihnen, lieber Richard, für Ihre lobenden Worte danken. Sie haben in Ihrem Lob vielleicht etwas übertrieben, gleichwohl habe ich Ihnen gerne und dankbar zugehört.

Ebenso bedanken möchte ich mich auch bei der Point Alpha Stiftung für die Verleihung dieses Preises im zwanzigsten Jahr der deutschen Vereinigung. Ich fühle mich durch diesen Preis geehrt, vor allem im Blick auf die herausragenden Personen, denen der Preis seit dem Jahre 2005 vorher verliehen worden ist.

I.

Daß die politische Vereinigung unserer Nation 1990 geglückt ist, dass verdanken wir zu allermeist den umwälzenden Vorgängen im Osten Mitteleuropas. In Polen, in Ungarn, in der Tschechoslowakei und in der DDR regten sich im Laufe der 1980er Jahre mutige Freiheitsbewegungen.

Unter ihnen vor allem Solidarnosc in Polen – waren zwar 1968 Alexander Dubcek und der „Prager Frühling“ innerhalb der damaligen tschechoslowakischen Kommunistischen Partei vorangegangen. Aber die sowjetische Führung hatte ihn mit militärischer Gewalt diesen Ansatz zerschlagen. Damit wurden alle Freiheitsbewegungen im Osten Mitteleuropas zunächst weit zurückgeworfen. Immerhin ließ sich die sowjetische Führung wenige Jahre später auf die neue Ostpolitik Brandts und Scheels ein. Gestützt auf die beiderseitigen Strategien des Gleichgewichts, Richard Schröder hat eben mit Recht darüber gesprochen, ging Moskau sogar einen Schritt weiter und schlug eine gesamteuropäische Konferenz über „Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ vor. Die USA reagierten zunächst mit Verdächtigungen, mit

Skepsis und sodann sehr zögerlich. Wir haben damals unseren Freund Gerald Ford, Präsident der USA, sehr gedrängt, der sich schließlich für die Teilnahme Amerikas entschieden hat.

Als die KSZE dann tatsächlich 1975 in Helsinki zustande kam, erwies sie sich in zweifacher Weise als erfolgreich. Zum einen erschienen alle ost- und alle westeuropäischen Staats- oder Regierungschefs persönlich, und beinahe jeder mit jedem zum ersten Male reden können. (So saßen im Plenum beispielsweise Honecker, Schmidt und Ford nebeneinander in ein und derselben Reihe. Ganz ungewöhnlich für die damalige Zeit.) Es war sozusagen ein Marktplatz für vielerlei Gespräche in entspannter Atmosphäre. Zum anderen aber erhielt am Ende der Westen die Unterschrift aller kommunistischen Staatschefs unter die Menschenrechte, die haben alle persönlich unterschrieben: Breschnew, Ceausescu, Honecker und wie sie alle hießen. Und der Osten erhielt alle Unterschriften der amerikanischen und westeuropäischen Staats- und Regierungschefs unter die Festschreibung der Staatsgrenzen im Osten Europas, insbesondere die östliche Grenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen.

Ich war von Anfang an überzeugt, mit diesem friedensdienlichen Kompromiß den freiheitlichen Oppositionen in Polen, in Ungarn und in der Tschechoslowakei zu helfen. So ist es dann auch tatsächlich geschehen. Der sogenannte „Korb III“ („Human Aspects of Security“) der Helsinki-Schlußakte wurde zur Legitimation für die Arbeit vieler osteuropäischer Menschenrechtsorganisationen und Bürgerrechtsbewegungen – und zur Hilfe für Solidarnosc, für Vaclav Havel und die „Charta 77“ und wurde zur Legitimation für Andrej Sacharow und Alexander Solschenizyn in der Sowjetunion.

Bei alledem muß man sich daran erinnern, daß der lebensbedrohende Höhepunkt des Kalten Krieges, nämlich die kubanische Raketenkrise zur Zeit von Helsinki nur gut ein Dutzend Jahre zurücklag (das war 12-13 Jahre vorher, da waren wir nahe an dem dritten Weltkrieg) – während einerseits die große Wende der Jahre 1989/90 bis 1992 noch in einer ziemlich undurchsichtigen Zukunft lag; Gorbatschow, ist zum Beispiel erst 1985, 10 Jahre nach Helsinki, ins Amt gekommen. Er hatte vorher keine Rolle gespielt.

II.

Auch die sowjetische militärische Intervention in Afghanistan lag noch in der undurchsichtigen Zukunft. Und desgleichen wussten wir zur Zeit von Helsinki noch nicht viel von der kurz bevorstehenden sowjetischen Rüstung mit atomaren Mittelstreckenraketen („SS-20“). Diese neuen

Raketen konnten zwar Amerika nicht erreichen, wohl waren sie aber in der Masse auf die damalige Bundesrepublik Deutschland gerichtet und auf andere Ziele in Westeuropa. Auf westlicher Seite gab es keine Gegendrohung; das ohnehin prekäre Gleichgewicht der militärischen Rüstungen drohte verloren zu gehen.

Der amerikanische Präsident Carter, anders als sein Vorgänger Ford, nahm das Problem nicht besonders ernst; denn für den Ernstfall habe Amerika ja die großen atomaren Waffen, die über den Atlantik hinweg alle russische Ziele erreichen könnten. Ich dagegen war durch die zunehmende SS- 20 Rüstung beunruhigt. Zwar wußte ich: Breschnew war kein Hasardeur, er würde keinen Krieg mit den USA riskieren. Jedoch war er ein alter und schon erkennbar hinfälliger Mann; wie aber würden seine Nachfolger reagieren? Und wer würden seine Nachfolger sein? Und wenn es in ungewisser Zukunft zu einer allein auf die Bundesrepublik gerichteten sowjetischen Nötigung käme, gestützt auf jene SS- 20-Raketen: Wie würde in solcher Situation ein dann im Amt befindlicher amerikanischer Präsident reagieren? Würde er einen atomaren Weltkrieg, wegen einer auf Deutschland gezielten Nötigung, riskieren? Und wie würde in solcher Notlage unser eigenes deutsches Volk, gespalten in zwei Teile, reagieren?

Meine mit der zunehmenden Zahl sowjetischer SS-20 Raketen gleichfalls zunehmende Besorgnis führte anfangs 1979 zu einem Vierer-Treffen auf der karibischen Insel Guadeloupe – Carter, Giscard d'Estaing, Callaghan und ich –, wo wir mit entscheidender Hilfe durch meinen französischen und meinen englischen Freund gemeinsam den sogenannten Doppelbeschluß konzipiert haben. Im gleichen Jahr hat dann das nordatlantische Bündnis sich insgesamt das Konzept zu eigen gemacht.

Damit bot der Westen einerseits der Sowjetunion an, über die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen zu verhandeln. Andererseits kündigte er aber an, sofern nach Ablauf von vier Jahren kein Verhandlungsergebnis zustande käme, sodann auch selbst atomare Mittelstreckenraketen in Europa (keinesfalls allein in Deutschland!) zu installieren, die auf sowjetisches Gebiet gezielt sein würden und dergestalt in Europa ein Gleichgewicht der atomaren Bedrohungen wiederherstellen würden.

Daß sich vor allem in unserem eigenen Land, in Deutschland, erhebliche Kritik an dieser doppelten Entscheidung erheben würde, haben wir natürlich erwartet – und in Kauf genommen. Wenn ich sage, wir haben es in Kauf genommen, dann gilt dies nicht nur für meine

Regierung, sondern auch für Helmut Kohls anschließende Regierung. Ich hatte die westdeutsche Neigung, sich ängstigen zu lassen, ja schon vielfältig erlebt: Angst vor dem sogenannten Waldsterben- ich habe immer noch eine ganze Menge Wald gesehen auf der Fahrt von Fulda hierher- Angst vor dem angeblichen „Ende des Wachstums“, Angst vor der angeblichen „Rückkehr des Faschismus“, Angst vor Kernkraftwerken usw. Jetzt kam eine Angst vor dem Kriege hinzu. Allerdings wurde sie auch demagogisch geschürt, zum Beispiel mit dem törichten Schlagwort „Lieber rot als tot!“ Das war zwar eine menschlich durchaus verständliche Parole. Sie war allerdings rein emotional und suggerierte den zweimal in Bonn demonstrierenden Massen, es gäbe außerhalb der beiden extremen Alternativen, nämlich entweder Unterwerfung unter die Sowjetmacht oder tödlicher Krieg, es gäbe ansonsten keinen Spielraum für strategische Vernunft, für Politik und Diplomatie.

Nachdem es aus innenpolitischen Motiven 1982 in Bonn zu einem Wechsel des Koalitionspartners und zum Regierungswechsel gekommen war, sind leider auch große Teile meiner eigenen Partei dieser Ängstigung zum Opfer gefallen. Erst gegen Ende der neunziger Jahre hat Bundeskanzler Gerhard Schröder diesen Jahrzehnte zurückliegenden Irrtum eingestanden. In der Zwischenzeit hatte allerdings der berühmte oder berüchtigte Doppelbeschluss seinen stupenden Erfolg längst erzielt. Denn nicht etwa nur Bundeskanzler Kohl, sondern das ganze atlantische Bündnis hatte an beiden Teilen des Doppelbeschlusses festgehalten.

Und sie hatten tatsächlich das erstrebte Ergebnis erzielt: Der IMF-Vertrag zwischen Moskau und dem Westen (Inter-mediate Forces, IMF) 1987 zwei Jahre vor der politischen Wende. Es war der erste Abrüstungsvertrag seit 1945, und er beseitigte auf beiden Seiten die atomaren Mittelstreckenraketen in Ost- und Westeuropa. Unsere lange abgewogene strategisch-diplomatische Vernunft hatte sich in Ost und West durchgesetzt.

Und ich glaube auch, dass dieser Vertrag von 1987 einer der entscheidenden Schritte, von vielen, gewesen ist, die zu 1989,1990 und 1991 führten.

III.

Die Themata, über die wir heute in Point Alpha reden, liegen seit mehreren Jahrzehnten in der Vergangenheit. Als erwachsener Mann habe ich alle die siebzig Jahre seit dem Beginn des Hitlerschen

Weltkrieges miterlebt. Als der Krieg 1939 begann, da war ich 21 Jahr alt. Als Soldat hatte ich mir das Kriegsende noch schlimmer vorgestellt, als es tatsächlich eingetreten ist. Aber nach 1945, als Europa und als Deutschland aufgespaltet wurden, habe ich erwartet – die dynamischen Veränderungen in Europa seit dem ersten Dreißigjährigen Krieg immer vor Augen –, eine abermalige Veränderung der Machtkonstellation werde eines ungewissen Tages eintreten. Wann dies sein würde, das war ungewiss. Und dann werde es eine Chance geben, die deutsche Nation wieder zusammenzufügen. Allerdings habe ich nicht geglaubt, die Wiedervereinigung noch selbst zu erleben.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, an dieser Stelle George Bush senior und Michail Gorbatschow und Helmut Kohl geehrt haben, dann haben Sie diese drei Staatsmänner mit vollem Recht hervorgehoben. Gleichwohl liegt es mir am Herzen, neben den vielerlei weltpolitischen Faktoren, welche die große Wende ermöglicht haben, auch die tatsächliche Kontinuität der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik hervorzuheben.

Während des erbitterten Streits heute vor mehr als einem halben Jahrhundert zwischen Adenauer und Schumacher wie auch zwischen unseren politischen Parteien hat in den 1950er Jahren kaum jemand damit gerechnet, daß nicht nur alle späteren CDU-Regierungen, sondern ebenso auch alle SPD-Regierungen die durch Adenauer erfolgte Bindung der Bundesrepublik an das atlantische Bündnis und an die europäische Integration, dass sie diese Entscheidung honorieren, und dass sie diese Politik fortsetzen würden. Das hat 1952 niemand erwartet. Trotz des langen Streits über die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik hat ab 1969 die Regierung Brandt den Aufbau der Bundeswehr fortgesetzt und sie sogar modernisiert (siehe die Musik, die wir heute gehört haben). Kaum einer hat erwartet, daß die Regierung Kohl die Brandtsche Ostpolitik anstandslos fortsetzen würde. Das Gleiche gilt für den unter Brandt völkerrechtlich vollzogenen Verzicht auf atomare Waffen für Deutschland. Die CDU war strikt dagegen, aber Kohl hat als Nachfolger von Brandt und Schmidt anstandslos diesen Vertrag erfüllt. Die CDU/CSU war vehement dagegen, dass wir uns an der Helsinki Konferenz beteiligen. Da gab es einen Antrag im deutschen Bundestag, der Deutsche Bundeskanzler solle da nicht hingehen. Er wäre der Einzige gewesen, außer den Albanern. Ebenso hat Kohl schließlich die durch meine Unterschrift in Helsinki erfolgte Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze bestätigt. Und last but not least: Sechzig lange Jahre haben alle Regierungen unseres Staates ohne Ausnahme sich zur europäischen

Integration nicht nur bekannt, sondern sie haben tatkräftig dazu beigetragen. Eine Regierung nach der anderen ohne Ausnahme.

Diese seit Jahrzehnten anhaltende deutsche Stetigkeit, unsere zuverlässige Berechenbarkeit ist zu einem der mehreren unverzichtbaren Faktoren des in Europa anhaltenden Friedens geworden – und zugleich zu einem der mehreren unverzichtbaren Faktoren, die heute vor zwanzig Jahren die deutsche Vereinigung möglich gemacht haben. Es war der für alle unsere europäischen Nachbarn historisch einmalige neue Eindruck, dass man sich auf die Deutschen verlassen kann, diese einmalige Stetigkeit der deutschen Politik – und dazu das Beispiel Gorbatschows –, die es Bush senior und Helmut Kohl ermöglicht haben, die Skepsis und den Widerstand unserer Nachbarn gegen die Wiedervereinigung zu überwinden.

Schließlich, auch dass dürfen wir Deutschen nicht übersehen, haben unsere Nachbarn damit Deutschland zum volkreichsten Mitgliedsstaat der Europäischen Union gemacht hat, 80 Millionen, und zugleich zu ihrer größten Volkswirtschaft. Heute ist Deutschland doppelt so groß wie Polen, achtmal so groß wie die Tschechische Republik, fünfmal so groß wie Holland, fünfzehnmal so groß wie Dänemark, und unsere Volkswirtschaft ist die viertgrößte der ganzen Welt. Diese angesichts der bisherigen Geschichte einmalige Größenordnung unseres Vaterlandes muß uns drängen zur Rücksichtnahme auf all unsere vielen Nachbarn.

Es mag uns nicht bewusst sein, aber wir sind ein dicker und fetter Nachbar für alle anderen. Und wenn ein dicker und fetter Nachbar sich gegenüber einem kleineren Nachbarn anmaßend benehmen sollte, dann weckt er bei dem Nachbarn Ängste und Abneigung. Wenn dann noch die Erinnerung an die deutsche Besatzung und ihre Verbrechen im letzten Weltkrieg hinzukommen sollte, wenn obendrein der Genozid an den Juden keineswegs vergessen ist und vergessen werden kann, dann kann aus dem schlechten Benehmen des dicken und fetten Nachbarn Unheil für beide Nachbarn entstehen.

Aber auch dann, wenn wir Deutschen uns wieder einmal in übertriebener Weise ängstigen lassen sollten, zum Beispiel heute wegen der Zukunft der Weltwährung Euro, so kann sich daraus die Versuchung zu einem deutschen Alleingang ergeben. Jedoch dürfen wir solcher Versuchung nicht nachgeben. Vielmehr muß die Rücksichtnahme auf unsere Nachbarn und Partner Vorrang behalten. Unser Feld ist nicht die Weltpolitik und nicht die atomare globale

Strategie, nicht Asien, nicht der Nahe und Mittlere Osten oder Afrika, sondern unsere europäischen Nachbarn sind unser Arbeitsfeld.

Dauerhaft gute Beziehungen zu allen unseren neuen Nachbarn das ist unsere Aufgabe. Und da habe ich die Russen, die Italiener und die Engländer noch gar nicht mitgezählt, die alle drei eine Riesenrolle in Jahrhunderten deutscher Geschichte gespielt haben und zukünftig weiter spielen werden.

Der Ausbau der Europäischen Union geschieht nicht aus Idealismus. Sondern für uns Deutsche ist er eine strategische Notwendigkeit. Das vereinigte Deutschland hat die Einbindung in die Gemeinschaft der Europäer dringend nötig. Unsere Regierung darf dabei niemals vergessen: Ohne Frankreich bliebe alle Arbeit an der Integration erfolglos.

Wenn die EU gegenwärtig als weitgehend handlungsunfähig erscheint, dann liegen die Ursachen in den Fehlern, die man seit der großen Wende gemacht hat – genauer gesagt: Seit Maastricht 1991/92. Paris und Berlin (früher Paris und Bonn) waren gleichermaßen an manchen dieser Fehler beteiligt. Wenn diese beiden Regierungen aber darüber hinaus neuerdings bei der Lösung akuter Probleme (z. B. Staatsverschuldung) sogar gegeneinander operieren, dann können beide gemeinsam schuldig werden gegenüber allen anderen Nachbarn.

Letzter Satz meine Damen und Herren:

Jede Bundesregierung muss wissen: Niemand darf es riskieren, die deutsche Zuverlässigkeit in den Augen unserer Nachbarn und Partner aufs Spiel zu setzen. Ich danke Ihnen sehr.